



Foto links:
Boot mit jüdischen Flüchtlingen auf dem Weg von Falster in Dänemark nach Ystad in Schweden (1943)
© The Museum of Danish Resistance (Frihedsmuseet)
CC BY-SA 2.0

Foto rechts:
Strajk Kobiet, Streik der Frauen, Mai 2022, Krakau
© Tomasz Molina
CC BY-SA 4.0

Von der Demokratie zum Faschismus?

Geschichte wiederholt sich nicht. Doch Geschichte ist sich immer wieder ähnlich – nicht als Wiederkehr des Gleichen, sondern als Wiederkehr des Ähnlichen. Zugängliche Literatur zu der Frage, wie Pläne zur Zerstörung demokratischer Systeme aussehen und wie der Widerstand dagegen organisiert werden kann, ist weiterhin erstaunlich rar. Während umfassende Analysen zum Aufkommen rechter Bewegungen die Buchhandlungen füllen, bleibt die Frage, wie autoritäre Projekte praktisch verhindert werden können, weitgehend unbeantwortet.

Demokratiezerstörung verläuft selten abrupt. Sie geschieht in Phasen, über viele Jahre hinweg. Sterbende Demokratien durchlaufen oft eine Entwicklung, in der rechte oder autoritär orientierte Parteien und Bewegungen entstehen, die allmählich gesellschaftliche und politische Deutungshoheit gewinnen und über Wahlen oder Krisen an die Macht gelangen, um schließlich Staat und Gesellschaft schrittweise umzubauen und ihre autoritäre Herrschaft zu festigen.

Manchmal endet diese Entwicklung in einer „illiberalen Demokratie“, manchmal im offenen Autoritarismus oder Faschismus. Zwischen diesen Stadien existiert ein breites Spektrum, das sich in eine idealtypische Abfolge bringen lässt. So war die PiS-Regierung in Polen zwischen 2015 und 2023 nach Einstufung des Demokratieindex des Economist Intelligence Unit demokratischer als die verfassungsumbauende Regierung Orbán in Ungarn. Diese wiederum gilt als demokratischer als die Präsidialsystem-Dominanz Erdogans in der Türkei, die seit 2016 zu einer systematischen Aushöhlung der Gewaltenteilung geführt hat. Die Abstufungen autoritärer Entwicklungen zeigen sich an der Einschränkung von Justizunabhängigkeit, Pressefreiheit, Oppositions- und Wahlrechten sowie am parteipolitischen Missbrauch staatlicher Institutionen – und mit jeder dieser Stufen schrumpfen die demokratischen Handlungsspielräume.

Dass Widerstand gegen autoritäre Entwicklungen möglich bleibt, belegt die Geschichte. Auch im Faschismus der 1930er/40er Jahre existierten vielfältige gewaltfreie Formen des Widerstands. Semelin (1995) zeigt, dass in ganz Europa vielfältige Formen gewaltfreien Widerstands gegen faschistische Herrschaft praktiziert wurden – etwa durch den norwegischen Lehrer*innenstreik 1942, die dänischen Rettungsaktionen und Formen der Nicht-Kooperation 1943 sowie den breiten zivilgesellschaftlichen Protest in Bulgarien gegen die Deportation jüdischer Bürger*innen im selben Jahr. Ziviler Widerstand ist folglich selbst unter extremen Bedingungen möglich. Auch heute zeigen Polen, Ungarn, Ser-



© Privat

Autor:

ULRICH WOHLAND

arbeitet ehrenamtlich in der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion mit und ist Initiator der Ausbildung "CampaPeace". Er ist Moderator, Coach, Campaigner und Organizer und aktuell in der Klimakampagne „End Cement“ gegen „Heidelberg Materials“ aktiv.



bien und die USA, dass selbst in zunehmend illiberalen Systemen vielfältige Formen zivilgesellschaftlicher Gegenwehr möglich sind – von massenhaften Protesten über juristische Sammelklagen und alternative Bildungsstrukturen bis hin zu breiten Mobilisierungen gegen Wahlunterdrückung.

Foto links:
No-Kings-Protest
gegen Trump, USA
© Mike Newbry
auf Unsplash

Handlungsoptionen je nach Phase der Illiberalisierung

Für jede Phase demokratischer Erosion lassen sich spezifische Handlungsoptionen benennen, die je nach Akteur variieren: Staatliche Institutionen können von der frühen Stärkung unabhängiger Gerichte und einer verlässlichen Wahlaufsicht über das Eindämmen des parteipolitischen Missbrauchs von Behörden bis hin zu internationalem Schutz für Opposition und Medien agieren; Zivilgesellschaft und NGOs können Bündnisse aufbauen, Machtmissbrauch dokumentieren und Schutzräume schaffen. Soziale Bewegungen können breite Mehrheiten mit Protest, Boykotten und digitaler Gegenöffentlichkeit mobilisieren und müssen zugleich ihre Kräfte auch bündeln, sich auf wenige Themen strategisch fokussieren, Massenproteste und positive gesellschaftliche Gegenentwürfe entwickeln, um Diskurse zu verschieben, ökonomische Machtverhältnisse sichtbar zu machen und demokratische Institutionen wie Gewerkschaften, Kirchen oder Vereine aktiv in den Widerstand einzubinden. Bürger*innen können im Alltag Zivilcourage leisten, lokale Medien unterstützen und sich politisch engagieren – sodass Widerstand auf allen Ebenen gleichzeitig möglich bleibt.

Foto rechts:
© Steve Johnson
auf Unsplash

Mit 151 Abgeordneten der AfD im Bundestag ist die parlamentarische Präsenz der extremen Rechten bereits weit fortgeschritten. Die Partei steht „intra portas“ und wartet auf die nächste Regierungskrise, um politisch „gerufen“ zu werden (vgl. Neumann & Schneider 2025). Jetzt ist die Zeit, systematisch über ein Programm zur Stärkung einer resilienten Demokratie und zur Bekämpfung illiberaler Tendenzen nachzudenken.

Literatur

Economist Intelligence Unit (2024): Democracy Index. EIU report: <https://www.eiu.com/n/campaigns/democracy-index-2024/>

Levitsky, S.; Ziblatt, D. (2018): Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können. München: Deutsche Verlags-Anstalt.

Neumann, P. R.; Schneider, R. C. (2025): Das Sterben der Demokratie. Der Plan der Rechtspopulisten – in Europa und den USA. Hamburg: Rowohlt.

Semelin, J. (1995): Ohne Waffen gegen Hitler. Eine Studie zum zivilen Widerstand in Europa. Frankfurt a. M.: dipa-Verlag.

Semsrott, A. (2024): Machtübernahme. Was passiert, wenn Rechtsextremisten regieren – Eine Anleitung zum Widerstand. München: Droemer.